

RFW-Forderungen im Detail



Bernhard Themessl - Alois Gradauer:

Für eine faire Besteuerung

NAbg. Bernhard Themessl: "KMUs leiden überdurchschnittlich unter bürokratischen, steuerlichen und überbordenden sozialrechtlichen Belastungen."

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Wesentlich tragen sie zur Beschäftigung bei, fördern den Unternehmergeist, die Innovationskraft und spielen deshalb eine wichtige Rolle in der Wirtschaft. Daher hat der freiheitliche Wirtschafts- und Industriesprecher, NAbg. Bernhard Themessl und der Budgetsprecher, NAbg. Alois Gradauer gemeinsam mit dem RFW ein Programm, das zur Entlastung des Mittelstandes führen soll, ausgearbeitet.

Eine freiheitliche Wirtschaftspolitik konzentriert sich daher auf die Schaffung von zielführenden Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Es gilt dabei nicht „Groß“ und „Klein“ auseinander zu

dividieren, sondern den kleineren Einheiten mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, denn sie leiden überdurchschnittlich unter bürokratischen, steuerlichen und überbordenden sozialrechtlichen Belastungen. Ein wesentlicher Punkt des Programmes will die Besteuerung der Betriebe reformieren und eine Modernisierung und eine gerechte und faire Besteuerung erreichen.

KMUs entlasten - Steuerfairness

Mindestkörperschaftsteuer

Zur Eigenkapitalstärkung und Liquiditätsverbesserung gehört unter anderem die Abschaffung der umstrittenen MindestKöSt, die bei Kapitalgesellschaften mit keinen oder nur sehr geringen Gewinnen letztlich zu einer Erosion des Eigenkapitals führt.

Investitionsbegünstigung einführen

Investitionen in die Zukunft eines Betriebes müssen honoriert werden. Rund 85% der heimischen Wirtschaftstreibenden wünschen sich die Einführung einer Investitionsbegünstigung. Mehr als die Hälfte plädiert für den Investitionsfreibetrag. Als Investitionsbegünstigung soll auch eine degressive Abschreibung statt einer linearen dienen.

Steuerfreiheit für nicht entnommene und reinvestierte Gewinne

Damit Betriebe eine bessere Eigenkapitalstruktur aufbauen können, bedarf es einer Steuerfreiheit für Gewinne, die im Betrieb bleiben. So können nicht nur „schwierige Zeiten“ besser überstanden werden, sondern es besteht auch mehr Handlungsspielraum für z.B. notwendige Be-

triebsinvestitionen. Die ersten Maßnahmen, die im Bereich der Steuerreform 2004 und 2005 gesetzt worden sind, sind gut und zeigen positive Ergebnisse.

Daher ist eine Ausweitung zur Stärkung der Eigenkapitalstruktur förderlich. Als Alternative könnte auch die Rückstellungsbildung für Wiederbeschaffung/Ersatz ins Auge gefasst werden.

Änderung der Abschreibungszeiten für schnelllebiges Wirtschaftsgüter

Abschreibungen für schnelllebiges Wirtschaftsgüter (EDV-Anlagen usw.) müssen an die reale Nutzungsdauer angepasst werden. Zur Konjunkturbelebung und als Lenkungseffekt bzw. Investitionsbegünstigung muß die vorzeitige Abschreibung eingeführt werden, die in vielen anderen EU-Staaten zur Anwendung kommt. Eine Abschreibung von 30-50% im Jahr der Anschaffung ist anzustreben.

Indexanpassung der Geringwertigkeitsgrenze

Derzeit liegt die Geringwertigkeitsgrenze für abnutzbares Anlagevermögen bei 400 EUR netto. Anschaffungen unterhalb dieser Grenze können im Jahr der Anschaffung zur Gänze gewinnmindernd geltend gemacht werden. Zur weiteren Liquiditätssteigerung der heimischen Betriebe wird unsererseits eine Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 1.000 EUR eingefordert.

Gruppenbesteuerung

Die Gruppenbesteuerung ist in ihrer jetzigen Form abzuschaffen. Zukünftig soll die Gruppenbesteuerung so gestaltet werden, dass sie nur inner-

halb Österreichs zur Anwendung kommt. Die derzeit verankerten Verrechnungsmöglichkeiten von Auslandsverlusten mit im Inland erzielten Gewinnen verursachen darüber hinaus bei den Finanzämtern enorme Verwaltungskosten durch die Komplexität des Verfahrens.

Vorsteuerabzugsfähigkeit für betrieblich genutzte PKW

Im Bereich der betrieblich genutzten Fahrzeuge sollte die Vorsteuerabzugsfähigkeit nicht nur auf die Fiskal-LKW beschränkt werden.

Halbierung der Mehrwertsteuer auf Energie

Die hohen österreichischen Energiekosten führen derzeit zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen europäischen und internationalen Ländern. Hier sind dringend effiziente und marktfähige Maßnahmen gefordert, die zu einer Senkung der Energiepreise führen. Daher ist die Politik gefordert, wirkungsvolle Schritte zu setzen. Unsere Forderung besteht daher darin: Halbierung der Umsatzsteuer auf alle Formen der Energie!

Ab Abschaffung von Bagatellsteuern

Nur dort wo der Staat eine anrechenbare und äquivalente Leistung erbringt, sollen Gebühren und Steuern eingehoben werden! Aus dieser Überlegung heraus sind sogenannte Bagatellsteuern ersatzlos zu streichen.

Humanisierung des Steuersystems

Das Humankapital einer Unternehmung wird den zukünftigen Erfolg lenken und ein tragender Produktionsfaktor neben Innovation, Bildung und Kreativität im täglichen Wirtschaftsleben sein. Die Abwanderung von österreichischen Betrieben, insbesondere im Bereich der Industrie und des produzierenden Gewerbes in Billiglohnländer, hat das volkswirtschaftlich vertretbare Maß längst überschritten. Die verlängerten Werkbänke, die uns alltäglich abhanden kommen, sind für immer verloren, wenn wir nicht bereit sind, unter anderem mit steuerlichen Maßnahmen gegenzusteuern.

Statt der Forderung nach einer Ma-

schinensteuer oder Wertschöpfungsabgabe, sollte man den Faktor Lohnkosten – bezogen auf den Nettoproduktionswert eines Unternehmens – berücksichtigen. Das wäre der richtige Ansatz für ein modernes Steuersystem, welches den Einsatz von Humankapital belohnt, indem es steuerlich zu einer Rückvergütung kommt. Auch die internationale Betrachtung zeigt uns, dass Österreich zum Thema „Human Resources“ deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Die Senkung der Körperschaftssteuer auf 25% macht Sinn und stärkt die österreichischen Wirtschaftstreibenden im internationalen Wettbewerb. Zur weiteren Standortsicherung sollte jedoch Flexibilität gezeigt werden und die KöSt dem Humanaufwand eines Betriebes angepasst werden, wobei unterm Strich ein Nullsummenspiel herauskommen sollte.

Lohnnebenkostensenkung

Die Arbeitskosten werden zu einem wesentlichen Teil durch Lohnnebenkosten beeinflusst. Die Höhe der Lohnnebenkosten ist mitentscheidend für den Umfang der Schattenwirtschaft sowie für Entscheidungen betreffend Betriebsansiedelungen und damit für unseren Arbeitsmarkt. Wenn der Anstieg der Produktivität hinter dem Anstieg der Lohnnebenkosten zurückbleibt, kommt es zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert und die Betriebe zu Rationalisierungen oder im Extremfall zu Abwanderungen zwingt.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass sich die lohnabhängigen Abgaben seit etwa 8 Jahren gegen den internationalen Trend erhöhen, ist eine Lohnnebenkostensenkung unumgänglich. Sie sind schrittweise zu senken – ohne dabei Leistungen zu kürzen. Potential besteht derzeit beim AUVA-, IESG- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag.

Klare Regelung für geschäftsführende GmbH-Gesellschafter

Lohn- und Gehaltsabgaben nur für geschäftsführende GmbH-Gesellschafter die angestellt sind und nicht für selbständig Erwerbstätige. Es ist

nicht einzusehen, warum selbständig Erwerbstätige dienstnehmerbezogene Steuern und Abgaben (KommSt, DB) zu zahlen haben.

Mobiles Österreich statt Kostentreiberei - Senkung der LKW-Steuern

Österreich hat bei der LKW-Besteuerung deutlich höhere Steuern und Abgaben als der Rest von Europa! Dazu kommt auch noch, dass wir einen der höchsten Mauttarife in Europa haben. Um die Wettbewerbsfähigkeit für die heimische Transportwirtschaft zu gewährleisten, ist eine Minimalforderung, die Anpassung der Kraftfahrzeugsteuer für LKWs an das europäische Mittelmaß (ohne Gegenfinanzierung), unumgänglich. Weiters ist für moderne und schadstoffarme LKWs die Kfz-Steuer



NAbg. Alois Gradauer: "Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen für die KMUs."

überhaupt abzuschaffen! Mit dieser Maßnahme könnte auch der Ausflagging entgegengesteuert werden und die heimische Transportwirtschaft ermutigt werden, in einen neuen Fuhrpark zu investieren.

Wir sind auch für die Mehrwertsteuerhalbierung auf Treibstoffe. Mehr als 50 Prozent/pro Liter Treibstoff erhält der österreichische Staat an Steuern. Diese mobilitätshemmende Politik muss ein Ende haben.